

Alternativen zum "liberalen Imperialismus" : entwicklungspolitische Leitlinien schweizerischer Hilfswerke

Autor(en): **Niggli, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **24 (2004)**

Heft 47

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652606>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Alternativen zum „liberalen Imperialismus“

Entwicklungspolitische Leitlinien schweizerischer Hilfswerke

Die neue Strategie der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke schlägt für eine ganze Reihe von Fragen und Kontroversen Antworten vor, die Widerspruch hervorrufen. Ich greife hier ein paar auf, die vielleicht von Interesse sind.

I. Viele fragen, wieso in unseren entwicklungspolitischen Perspektiven¹ wirtschaftliche Fragen im Vordergrund stehen. Werden dadurch nicht politische, gesellschaftliche, Gender-, kulturelle oder ökologische Faktoren der Entwicklung über Gebühr vernachlässigt? Dass Entwicklung ein vieldimensionaler Prozess sei und nicht auf die Steigerung des Bruttosozialprodukts reduziert werden dürfe, ist ein altes Postulat, das die engagierten entwicklungspolitischen Kreise immer vertreten haben. Auch wir wollen es nicht revidieren. Unsere Auswahl von Themen hat jedoch klare Gründe.

Die Arbeitsgemeinschaft ist durch die sechs Hilfswerke, die sie tragen, beauftragt, die schweizerischen Auseinandersetzungen um Welt- und Nord-Süd-Politik zu beeinflussen. Und zwar im Interesse der benachteiligten Schichten der Entwicklungsländer. Wir agieren demnach in der Schweiz und in eingeschränkter Masse auf internationaler Ebene, nicht jedoch in den Entwicklungsländern selbst. Gegenstand unserer Politik sind nicht die sozialen und politischen Auseinandersetzungen in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die deren Entwicklungspfad „in letzter Instanz“ bestimmen. Hier sind Klassen- und Kastenfragen, Genderfragen, Probleme ethnischer, oft rassistisch artikulierter Unterdrückung, Probleme der institutionellen (Nicht-)Ausstattung von politischem Streit und Fragen des kulturellen Wandels oder Konflikts neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zentral. Nur haben wir dort nichts zu sagen und sind auch keine direkt involvierten Akteure.

Gegenstand unserer Politik sind internationale Regelungssysteme (zum Beispiel die Handelsregeln der WTO), die auf alle Länder zurückwirken, und die aussenpolitischen und aussenwirtschaftlichen Akteure der Schweiz, soweit sie mit diesen Regelungssystemen zu tun haben oder direkt in den Entwicklungsländern intervenieren. Zu diesen Akteuren gehören vor allem staatliche Stellen und transnationale Konzerne. Indem wir unsern Auftrag so formulieren, treffen wir eine Wahl. Wir gehen davon aus, dass sich kein Land vom globalen Zusammenhang verabschieden und abschotten kann. Es werden immer externe Akteure in die Angelegenheiten anderer Länder (das gilt auch für die Industrieländer) intervenieren. Einzelne solcher Interventionen sind wünschenswert. Andere, zum Beispiel bewaffnete, sollten unterbunden werden. Schliesslich können „Gegeninterventionen“ negative

Wirkungen lindern.² Die Richtung und Qualität solcher Interventionen durch schweizerische Akteure kann durch öffentliche politische Auseinandersetzung verändert werden. Darum geht es uns und allen nördlichen Entwicklungsorganisationen, die sich kritisch mit der Rolle ihrer Regierungen und Konzerne beschäftigen.

In diesem Feld von Auseinandersetzungen rücken wir nicht *ein* Thema in den Vordergrund, die Wirtschaft, sondern *drei*: 1. Die internationale Wirtschaftspolitik und die Entwicklungsstrategie, welche die Industrieländer den Entwicklungsländern, die von ihnen abhängig sind, zu diktieren versuchen. 2. Die internationale Politik – genauer die Stellung der Entwicklungsländer im Gewebe der multilateralen Institutionen, völkerrechtlichen Regelungen und machtpolitischen Willkür, das heute *Global Governance* genannt wird. Und 3. die Tendenz der Industriestaaten, mit einem „liberalen Imperialismus“ bewaffneter Markt-, Demokratie- und Menschenrechtserzwingung „Ordnung“ zu schaffen. Hier interessiert uns zentral die Angst vor den Habenichtsen dieser Welt, welche heute wichtige Teile unserer Funktionseliten haben. Wenn man so will, ist dies ein kulturelles Entwicklungsproblem des Nordens: Wie sollen die Erbinnen und Erben der vergangenen 500 Jahre europäischer Welteroberung mit den Menschen umgehen, deren Vorfahren sie einst unterworfen haben und die sich in absehbarer Zeit, noch in diesem Jahrhundert, unserem dominierenden Einfluss vollends entziehen werden?

II. Dass Wirtschaftliches in unseren Überlegungen zentral ist, war beabsichtigt. Es gab eine Zeit, in der Entwicklungsorganisationen und viele andere, die in der internationalen Politik als „zivilgesellschaftliche Partner“ ernst genommen werden wollten, eine direkte Auseinandersetzung mit den vorherrschenden ökonomischen Doktrinen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen mieden. Das war in den Jahren der Globalisierungseuphorie nach 1989, in denen der Liberalismus als letzte der Utopien des 19. Jahrhunderts glaubte, nun habe sein tausendjähriges Reich begonnen. Sein Versprechen hiess auf einen Nenner gebracht: Ein Kapitalismus, von dem alle profitieren, ist möglich und in Griffweite. Er wird die Armut beseitigen, Freiheit schaffen und Frieden zwischen den Völkern stiften. Damals wirkte die Utopie ziemlich unwiderstehlich. Nicht zuletzt, weil diverse Alternativen in den siebziger und achtziger Jahren nachhaltig diskreditiert worden sind. Weder der Staatskapitalismus unter dem Diktat kommunistischer Parteien oder ehemaliger Befreiungsbewegungen, noch diverse „dritte Wege“ wie etwa derjenige Tanzanias haben gebracht, was sie der Doktrin nach hätten bringen sollen.

Selbstverständlich gab es Kritik und Opposition. In den Entwicklungsländern wehrten sich die Menschen gegen die Zumutungen der „Strukturanpassung“. In den Industrieländern propagierten Umwelt- und Entwicklungsorganisationen die Entwicklung sozialer und ökologischer

Leitplanken (hierzulande sprach man von „flankierenden Massnahmen“), um die „Marktwirtschaft“ auf einen „umwelt- und sozialverträglichen Pfad“ zu bringen und ihre Grausamkeiten abzufedern. Die Kritik betraf die ökologischen, gesellschaftlichen und politischen Defizite und Mängel, welche der Siegeszug der Marktwirtschaft mit sich brachte.

Die internationale Debatte kippte mit der Asienkrise von 1997/98 und dem Platzen diverser Spekulationsblasen, welche die *New Economy* ausgemacht haben. Und es kippte die Stimmung der Bevölkerungen. Die Heilsversprechungen der globalistischen Utopie hatten sich nicht materialisiert, und ihre Sachwalter befanden sich in derselben Lage wie kommunistische Spitzenpolitiker – alles wird wunderbar werden, aber vielleicht erst für die Kinder und Kindeskiner. Heute stehen die Doktrinen des Marktfundamentalismus und der permanenten Liberalisierung sowie die entsprechende Wirtschaftspolitik selber zur Diskussion. Und damit ein bestimmtes Regulationsregime des Kapitalismus, das mit der anti-keynesianischen Wende in der Ökonomie und Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren begonnen hat. Dieses neoliberale Regulationsregime hat sowenig Ewigkeitscharakter wie die vorangegangenen Regulationsregime. Alternativen dazu sind nicht nur denkbar, sondern in absehbarer Zukunft auch eine realistische Möglichkeit.

III. Aus entwicklungspolitischer Sicht ist eine Veränderung der wirtschaftspolitischen Doktrinen und internationalen Regeln des Handels und der Finanzmärkte von grosser Bedeutung. Das zeigen zwei Vergleiche. 1. Die Mehrheit der Entwicklungsländer hatte in den vergangenen 25 Jahren deutlich tiefere Wirtschaftswachstumraten als in der keynesianischen Ära von 1950-1980. Diese Länder haben ihre wirtschaftspolitische Souveränität in der Schuldenkrise von 1982 ff. eingebüsst und stehen seither unter dem Diktat der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, der Gralshüter des Marktfundamentalismus. 2. Die erfolgreichen Entwicklungsländer Ostasiens und das seit wenigen Jahren hochgelobte Indien waren aus verschiedenen Gründen nicht gezwungen, in den letzten 25 Jahren den Doktrinen Washingtons zu folgen. Sie setzten ihre heterodoxen Entwicklungsstrategien fort, in denen staatliche Interventionen eine herausragende Rolle spielten.

Die Praktiken des „Entwicklungsstaates“ sind seit den achtziger Jahren den Industrieländern ein Dorn im Auge.³ Die USA drängten, als sich der Zusammenbruch der Sowjetunion abzeichnete, ihre asiatischen Verbündeten darauf, ihre Märkte massiv zu öffnen und die staatlichen Interventionen zurückzufahren. Dem Zweck der Marktöffnung und der Reduktion staatlicher Interventionen dienten die Kapitalverkehrsliberalisierungen der neunziger Jahre, welche die meisten Entwicklungsländer auf westlichen Druck hin einführten. Ausnahmen blieben u.a. China und Indien, welche deshalb von der asiatischen Finanzkrise verschont blieben. Diesem Zweck

dienen aber auch einzelne Vertragsbestandteile der 1995 neu gegründeten Welthandelsorganisation (WTO). Ein Teil der Praktiken erfolgreicher Entwicklungsstaaten ist seither, beziehungsweise nach Ablauf von Übergangsfristen, verboten. Das ist einer der Gründe, wieso 1999 die geplante zweite Verhandlungsrunde der WTO platzte und seither zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern Streit besteht.

Würde das marktfundamentalistische Regulationsregime auch die nächsten 20, 30, 40 Jahre vorherrschenden, dann ist schwer vorstellbar, wie die ärmeren Entwicklungsländer eine nachholende Industrialisierung schaffen sollen (weil das Instrumentarium, das dazu nötig ist, unter Androhung des Ausschlusses vom Weltmarkt verboten ist). Zudem wäre es möglich, dass die asiatischen Erfolgsländer, weil sie ihren „Entwicklungsstaat“ zurückfahren müssen, Rückschläge erleiden und auf einem untergeordneten Platz in der internationalen Arbeitsteilung stagnieren. In diesem Fall gäbe es wenig Hoffnung, dass sich die gesellschaftliche Teilung Indiens oder Chinas überwinden lässt – eine Minderheit bliebe in die Weltwirtschaft integriert, die Mehrheit wäre davon ausgeschlossen. Lateinamerika liesse grüssen.

IV. Wir skizzieren in Anlehnung an den amerikanischen Ökonomen und Berater der G77 Dani Rodrik die Wahl, vor der wir stehen, als das „politische Trilemma der globalen Wirtschaft“.⁴ Die volle wirtschaftliche Integration aller Länder, die Ausbreitung und Stärkung demokratischer Politik und die Selbstbestimmung im Rahmen von Nationalstaaten sind Zielsetzungen, die sich nicht alle miteinander vereinbaren lassen. Das gegenwärtige Regulationsregime zeichnet sich dadurch aus, dass die Wirtschaft global integriert ist und die politischen Entscheidungsprozesse national bleiben. In diesem Regime sorgt die „goldene Zwangsjacke“ globaler Finanzmärkte dafür, dass die nationalen Entscheidungsprozesse nicht gegen die Erfordernisse der wirtschaftlichen Integration verstossen: Fiskal-, steuer-, umwelt- oder sozialpolitische nationale Entscheidungen können durch massive Kapitalflucht und Währungsspekulation innert Monaten zu Fall gebracht werden, falls sie im Urteil der Herde der Finanzmarkt-Investoren gegen die „Rationalität“ der global integrierten Wirtschaft verstossen. Dadurch werden die Spielräume für demokratische Politik drastisch eingeschränkt.

Um die global integrierte Wirtschaft politischen Entscheidungsverfahren zu unterwerfen, müsste deshalb eine Art „Weltstaat“ angestrebt und die Selbstbestimmung der Nationalstaaten eingeschränkt werden. Nur auf globaler Ebene liesse sich das Wirken der goldenen Zwangsjacke durch politische Entscheidungen kontrollieren und beeinflussen. Dass diese aber je demokratisch würden und auf die Komplexität der Welt angemessen eingehen könnten, bleibt sehr zu bezweifeln.

Werden aber nationale Selbstbestimmung und Demokratie angestrebt, muss die Integration der Weltwirtschaft begrenzt werden. Rodrik postuliert deshalb einen neuen Bretton Woods-Kompromiss, in Analogie zum

alten Bretton Woods-Kompromiss von 1945, der dem keynesianischen Regulationsregime den notwendigen internationalen Rahmen verschaffte. Wir glauben, dass alle Reformvorschläge, die in den letzten Jahren von einzelnen Regierungen von Entwicklungsländern, von kritischen Ökonomen, von Tausenden von Basisbewegungen im Süden und Norden und von der globalisierungskritischen Bewegung geäußert wurden, in eine solche Richtung laufen. Unsere entwicklungspolitischen Leitlinien sind der Versuch, sie etwas zu systematisieren.

Eine solche Zielsetzung kann von links und rechts kritisiert werden. Ein bestimmtes Regulationsregime des Kapitalismus durch ein anderes, entwicklungs- und menschenfreundlicheres zu ersetzen, stößt bei Linken auf Skepsis, welche das „System überwinden“ wollen. Grüne können fragen, ob die nachholende Industrialisierung der Entwicklungsländer eine valable Perspektive sei und nicht in die ökologische Katastrophe führe. Die rechte Seite wird kritisieren, dass das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden kann und dass unsere Vorschläge alten Rezepten gleichen.

Diese Einwände haben alle eine gewisse Berechtigung und müssen in längeren Debatten gewürdigt werden. Wir stellen jedoch fest, dass die Regierungen der Industrieländer und ein Teil der Wirtschaftseliten seit dem *backlash* gegen die Globalisierung der Globalisierung ein „menschliches Antlitz“ verschaffen möchten. Sie haben bis jetzt dazu keine Strategie – wirtschaftspolitisch predigen sie „Weiter so!“ und treiben damit den Patienten tiefer in die Intensivstation. Möchten sie der eigenen Propaganda real ein Stück näherkommen, dann sind die auf dem Tische liegenden Reformvorschläge verhandlungswürdig.

Linke und grüne Bewegungen wiederum tragen international Forderungen voran, die zur Stossrichtung eines neuen Bretton Woods-Kompromisses passen, während der „Systemwechsel“ oder radikalökologische Gesellschaftsutopien „kleiner regionaler Netze“ vorerst nur im Reich der Ideen zirkulieren. Wer den „Systemwechsel“ denkt, müsste zudem die Erfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts mit Systemwechseln überzeugend verarbeiten und aufzeigen können, wie er die Pervertierung bester und nobelster Absichten vermeiden will.

V. Ein neuer Bretton Woods-Kompromiss ist keine Zwangsläufigkeit. Andere Zukunftsszenarien sind denkbar. Das gilt erst recht seit dem 11. September 2001. Je mehr die internationale Politik und die Lage einzelner Länder durch den „Krieg gegen den Terrorismus“ bestimmt wird, desto stärker dürften soziale und politische Kräfte werden, welche eine militante nationale, kulturelle oder religiöse Renaissance anstreben. Solche Kräfte betrachten die kapitalistische Weltwirtschaft als Kampfplatz aller gegen alle, aus dem für die eigene Gruppe das Maximum herauszuholen ist.

Ein neuer Bretton Woods-Kompromiss ist jedoch möglich. Er liegt im Interesse der meisten Entwicklungsländer, weil er ihre Entwicklungschancen

cen vergrössern würde. Er liegt im Interesse der Hauptströmungen der globalisierungskritischen Bewegung und vieler sozialer Kräfte in den Entwicklungsländern. Er kommt auch wesentlichen Kreisen in den Industrieländern entgegen. Sei es aus materiellen Gründen, da sie nicht transnational mobil sind und die „goldene Zwangsjacke“ ihre ökonomische Sicherheit untergräbt. Sei es aus ideellen Gründen, weil ihnen der soziale Darwinismus oder die kämpferische Gier zuwider sind, die die Kultur der wirtschaftlichen Globalisierung ausmachen. Sich dafür einzusetzen, national und international, ist in den Industriestaaten auch eine wirksame Möglichkeit, gegen die Weltangst und die Allmächtsphantasien des neuen „liberalen“ Imperialismus vorzugehen und das Unternehmen „Krieg gegen Terrorismus“, das die Administration Bush auf dreissig Jahre angelegt hat, rechtzeitig zum Abbruch zu bringen.

Anmerkungen

- 1 Siehe Peter Niggli: Nach der Globalisierung. Entwicklungspolitische Perspektiven im 21. Jahrhundert. Hg. Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke. Rotpunkt-Verlag, Zürich, 2004.
- 2 Da Industriestaaten und Konzerne mit ihren Interventionen oft die Macht der Herrschaftseliten der Entwicklungsländer stärken, können und sollen im Sinne einer „Gegenintervention“ auch die Organisationen und Bewegungen der Benachteiligten von aussen unterstützt werden.
- 3 Eine hervorragende Darstellung dieses Instrumentariums in den verschiedensten Ländern findet sich in Alice Amsden: The Rise of the 'Rest'. Challenges to the West from Late-Industrializing Economies. New York 2001.
- 4 Vgl. Dani Rodrik: Feasible Globalization. Harvard 2002.

Die Entwicklungs-NRO: Rolle und Perspektiven

Die Rolle der schweizerischen Entwicklungs-NRO geht heute weit über ihre Tätigkeit vor Ort hinaus. Sie nehmen an Alternativgipfeln und internationalen Konferenzen teil, prangern die mangelnde Kohärenz der Politik der Schweiz gegenüber den Entwicklungsländern an und sensibilisieren die Schweizer Öffentlichkeit. Die wachsende Bedeutung dieser Organisationen veranlasste das Jahrbuch-Team, das diesjährige Dossier dem Thema der Entwicklungs-NRO zu widmen. Untersucht werden insbesondere die kantonalen NRO-Föderationen für Entwicklungszusammenarbeit, die internationalen NRO in Genf, die Gütesiegel gemeinnütziger Organisationen, die geografische Aufteilung der Hilfe der NRO, die Finanzierung der NRO und ihre Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln, die Politik der DEZA gegenüber den NRO, mit einem Interview mit DEZA-Direktor Walter Fust, sowie die Frage nach der Legitimität der NRO.

iuéd Institut universitaire d'études du développement

Publications Tel. 022 906 59 50
Postfach 136 Fax 022 906 59 53
1211 Genf 21 www.ued.unige.ch

Publications@ued.unige.ch

